

Peter Ullrich

Neuer Antisemitismus von links? : der Nahostkonflikt, Antizionismus, Antisemitismus und die Linke in Großbritannien und der BRD

Book part, Published version

This version is available at <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:kobv:83-opus4-72580>.



Suggested Citation

Ullrich, Peter: Neuer Antisemitismus von links? : der Nahostkonflikt, Antizionismus, Antisemitismus und die Linke in Großbritannien und der BRD. - In: Rehberg, Karl-Siegbert (Hrsg.): Die Natur der Gesellschaft: Verhandlungen des 33. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Kassel 2006. - Frankfurt, M. ; New York, NY: Campus., 2008. - ISBN 978-3-593-38440-5. - S. 5567-5577.

Terms of Use

German Copyright applies. A non-exclusive, nontransferable and limited right to use is granted. This document is intended solely for personal, non-commercial use.

Neuer Antisemitismus von links? Der Nahostkonflikt, Antizionismus, Antisemitismus und die Linke in Großbritannien und der BRD

Peter Ullrich

Einleitung

Der »neue Antisemitismus« (Rabinovici u.a. 2004) unterscheidet sich von seinen Vorläufern dadurch, dass er den Nahostkonflikt als Ursache oder Auslöser habe, jedoch trotzdem eine generalisierte Judenfeindschaft darstelle. Neben muslimischen FundamentalistInnen wurde auch die politische Linke zur Zielscheibe der Kritik. Während der heutigen Linken nun wahrlich keine Anschläge gegen Jüdinnen und Juden oder deren Einrichtungen zur Last gelegt werden können, steht sie doch an der Spitze der zum Teil radikalen Israelkritik. Diese ist wieder zu einem *der* Themen geworden. Gerade die globalisierungskritischen und die Antikriegsbewegungen machten Palästina zum ›Top-Thema«. Hier soll der Frage nachgegangen werden, inwiefern in dieser israelkritischen Grundsituation auch tatsächlich Platz für Antisemitismus, weltbildhaften Antizionismus und andere problematische Sichtweisen ist. Konkret untersucht wird das Framing des Konflikts in der politischen Linken Großbritanniens und der Bundesrepublik Deutschland.

Die deutsche Linke

Die deutsche linke Nahostdebatte ist hochgradig aufgeheizt. Dabei stehen sich im Prinzip zwei Lager gegenüber – ein pro-israelisches und ein pro-palästinensisches. Zwischen diesen Polen befindet sich aber der wohl größte Teil, also diejenigen, die in unterschiedlicher Gewichtung sowohl berechnete Interessen als auch Schuldanteile beider Seiten im Konflikt in Rechnung stellen – oder schlicht nicht am Thema interessiert sind bzw. sich, genervt von der Art und Weise, wie die Diskussion geführt wird, aus dem Themenbereich komplett zurückgezogen haben.

Wie gestaltet sich diese Auseinandersetzung? Einige Beispiele: In Berlin gab es eine Messerstecherei zwischen pro-israelischen und pro-palästinensischen AktivistInnen. In Hamburg prügeln sich ein Teil einer antifaschistischen Demonstration mit anderen Linken, die sich, so wird berichtet, mit Israelfahnen an die Spitze

des Protestzuges setzen wollten. In einem besetzten Haus in Frankfurt gibt es zwei Parteien, die kaum mehr miteinander kommunizieren. Zuvor war in dem Haus, in dem sich auch eine Kneipe befindet, ein Besucher, der einen Davidstern an eine Wand gemalt hatte, verprügelt worden. Die streitenden Parteien können sich nicht einigen, ob diese Gewalt akzeptabel ist oder nicht.

Diese Beispiele kommen aus der radikalen Linken. Doch auch die einen breiteren Ausschnitt aus der Linken repräsentierenden Globalisierungskritiker von *Attac* haben ihren Antisemitismusstreit. Kritiker bezeichnen einen Teil der Attac-Politik (z.B. Boykottbestrebungen) als antisemitisch. Außerdem sei – so ein anderer Strang der Diskussion – die Ideologie von Attac mit ihrer Fixiertheit auf die Finanzmärkte insgesamt »anschlussfähig für Antisemitismus«, weil diese wie im klassischen Antisemitismus eine Trennung zwischen »schaffendem« und »raffendem« Kapital impliziere.

Abgesehen von der grundsätzlichen Dominanz einer pro-palästinensischen Position von Mitte der 60er bis in die 80er Jahre hinein gab es in der Geschichte der deutschen Linken trotzdem immer wieder Streit um die Sicht auf den Nahostkonflikt. Lange Zeit waren die abweichenden Stimmen aber marginal. Seit Beginn der neunziger Jahre ist eine israelfreundliche Position aber mit einer ganz spezifischen Strömung verbunden, die sich auch an Fragen des Verhältnisses der Linken zu Israel gebildet hat und über ihr eigenes Milieu hinaus eine diskursive Wirkmächtigkeit entfaltet – die sogenannten »Antideutschen«.

Entstanden ist diese Strömung aus Teilen der autonomen Linken und Spaltprodukten des Kommunistischen Bundes während der Wende 1989. Sie hatten zunächst Agitation gegen die Vereinigung zum Ziel. Unter dem Motto »Etwas besseres als die Nation« wandten sie sich gegen den aufkommenden Deutschnationalismus. Eine der Quellen für diese Strömung war aber auch die sich seit den 80er Jahren verstärkt regende Kritik an innerlinken Problemen. Zu diesen gehörten die deutschnationalen Tendenzen eines Teils der Friedensbewegung. Ein Fokus der damaligen »antinationalen«/»antideutschen« Strömung lag fortan in der Kritik der deutschen Nation sowie des spezifischen Charakters des deutschen Nationalismus und »der Deutschen«. Aber auch die Auswüchse eines weltbildhaften, oft antisemitischen Antizionismus wurden von den Antideutschen kritisiert. Dazu muss man wissen, dass militante deutsche Linke (nicht *die* deutsche Linke!) in ihrer falsch verstandenen Palästinasolidarität bis zu Bombenanschlägen auf Synagogen kamen – Phänomene eines sekundären Antisemitismus. Das Vorhandensein nicht nur antiisraelischer und antizionistischer, sondern antijüdischer Elemente wurde auch der Friedensbewegung gegen den Golfkrieg 1991 attestiert. In der Zeitschrift *konkret*, in der Folge eine der Zeitschriften mit antideutschen Positionen, wurde stattdessen der Krieg unter Führung der USA unterstützt, weil er Israel schützen helfe.

In den 90er Jahren wurden Antisemitismus und Auschwitz zu den zentralen Problemen, um die antideutsches Denken kreiste. Dazu kam auch eine immer stärker werdende Beschäftigung mit Israel und dem Judentum. Spätestens mit Beginn der zweiten Intifada wurde – neben einem Pro-Kriegs-Engagement – der Kampf gegen Antisemitismus und die Solidarität mit Israel zum zentralen Anliegen der Antideutschen. Seinen deutlichsten Ausdruck findet das in der Forderung nach unbedingter Solidarität mit Israel und dem standardmäßigen Auftreten mit israelischen Fahnen.

Antisemitismus ist nicht nur der Dreh- und Angelpunkt der antideutschen Ideologie, sondern hier auch der Frame, in dem der Nahostkonflikt von Antideutschen wahrgenommen wird. Die Antideutschen, von denen sich ein Teil tatsächlich zu einer schlichten Israel-Solidaritätsbewegung entwickelt hat, haben entsprechend das israelische militärische Vorgehen in der Regel unterstützt und betont, dass Israel einen Krieg gegen Gegner führe, die Israel und die Jüdinnen und Juden vernichten wollen. Die Identifizierung mit den ehemaligen Opfern der Deutschen und die Kritik an einer fehlerbehafteten Linken haben sich dabei aber ins Obszessive gesteigert. Linke wie rechte, religiöse wie säkulare Kräfte bilden in dieser Weltsicht, zumindest in ihrer zugespitzten Form, eine »antisemitische Internationale«. Alles und jeder kann als Gefahr für Jüdinnen und Juden gedeutet werden.

Tatsächlich gibt es Versuche der Bildung einer politische Lager übergreifenden Einheitsfront aus IsraelkritikerInnen und IsraelgegnerInnen. So erklärt die Linksruck-Aktivistin Christine Buchholz (2006), dass es sich bei der »Dämonisierung der Hisbollah« um einen »Teil der Kriegführung« handle. In dem asymmetrischen Konflikt kämpfe auf der einen Seite Israel mit Unterstützung und für die USA. »Auf der anderen Seite stehen in diesem Konflikt die Hisbollah, die Friedensbewegung in Israel und die internationale Antikriegsbewegung. Das ist die Seite, auf der auch ich stehe.« Hier kommt die traditionelle, noch immer existente Gegenposition zu den Antideutschen zum Ausdruck, die der antiimperialistischen Palästinasolidarität. Sie nimmt den Nahostkonflikt als imperialistische Dominanz Israels über das palästinensische ›Volk‹ wahr. Interessanterweise misst dieses Weltbild auf Basis seiner Israelfeindschaft dem islamistischen Charakter der Hisbollah oder der Tatsache, dass es zu ihren erklärten Zielen gehört, Israel zu zerstören, keine Bedeutung bei.

Diese beiden Pole prägen die Diskussion. Auf der einen Seite stehen die Israelfreunde, die den Konflikt durch den Antisemitismusframe wahrnehmen und entsprechend Israels Verteidigung betonen, aber nicht seine Rolle bei der Entstehung des Konflikts. Auf der anderen Seite stehen die israelkritischen Kräfte, die den Konflikt antiimperialistisch deuten, aber die Dimension des Antisemitismus und der Bedrohung der israelischen Bevölkerung (bspw. durch Raketen der Hisbollah) nicht thematisieren. Diese innerlinke Auseinandersetzung hatte während der Zweiten Intifada ein Eskalationsniveau, insbesondere in der radikalen Linken erreicht, welches

dazu geführt hat, dass nicht wenige AktivistInnen sich von dem Thema gänzlich abgewandt haben. Zu groß war das Risiko persönlicher, und unter Umständen sogar physischer Verletzung. Dies verstellte den Blick darauf, dass wohl die Mehrheit der Linken in der Bundesrepublik eine Mittelposition einnimmt. In dieser Position vereinen sich Kritik an der israelischen Besatzung mit der Forderung nach der Garantie des israelischen Existenzrechts und Kritik am Vorgehen der PalästinenserInnen, insbesondere an den Selbstmordattentaten.

Damit wären wir bei einem dritten prominenten Frame, welches ich hier »Sicherheit und Existenzrecht Israels« nennen möchte. Dieser Frame ist wichtig zur Bewertung der Gegner und Kritiker Israels. Meist wird in ihm betont, dass es wichtig ist, das israelische Existenzrecht zu akzeptieren. Die häufigste angeführte Begründung ist der Holocaust. Sowohl israelsolidarische als auch neutrale oder pro-palästinensische Kräfte argumentieren so. Nur radikale antimperialistisch-antizionistische Positionen lassen sich aufgrund ihres dominanten Antimperialismusframes auf dieses Deutungsmuster gar nicht ein bzw. nehmen in ihm die Position ein, dass Israel im Prinzip illegitim sei. Selbst Vertreter von Parteien wie der DKP, die grundsätzlich dem leninistischen Antimperialismus folgen, haben diese Sicht um den Aspekt »Existenzrecht Israels« ergänzt – Ausdruck eines intergenerationalen Lernprozesses.

Dieser Frame hängt eng zusammen mit dem Frame »Deutsche Verantwortung«, der häufig Verwendung findet, meist mit dem Bekenntnis zu einer solchen aufgrund der Verbrechen des nationalsozialistischen Deutschland. Abgesehen von traditionell-linken, antimperialistischen Positionen, ist die Brille, durch die der Konflikt betrachtet wird, eine stark an Israel orientierte, was in der Zentralität der NS-Aufarbeitung für die deutsche politische Kultur und deren Verknüpfung mit dem Nahostthema begründet liegt. Dies wird umso deutlicher im Vergleich mit der britischen Linken. Dieses Framing konkurriert aber immer mit einem pro-palästinensischen und führt dazu, dass die Positionen immer im Fluss bleiben.

Die britische Linke

Ganz anders stellt sich die Situation in Großbritannien dar. Die britische Linke rahmt den Konflikt fast ausschließlich aus einer pro-palästinensischen Sicht. Nicht mit welcher Konfliktpartei man sich identifiziert, ist die Frage, sondern wie weit man die PalästinenserInnen unterstützt und welche genaue Lösung des Konfliktes man sich vorstellt. So ist die Haltung zu Selbstmordattentaten umstritten. Auch wenn diese in der Regel nicht gutgeheißen werden, vertreten doch viele eine sogenannte *no comment*-Argumentation.

Die wichtigere Auseinandersetzung ist die über die angestrebte Lösung des Konfliktes: Ein- oder Zwei-Staaten-Lösung? Diese Frage berührt für Teile der Linken Grundfragen ihrer politischen Identität. Dabei ist zunächst zu sehen, dass die britische Linke, auch ein Teil der Linken in der *Labour Party*, sehr traditionell ist, geprägt von einem leninistischen Antimperialismus. Die Szenerie wird von trotzkistischen Parteien wie der *Socialist Worker's Party (SWP)* geprägt. Und diese ist auch tonangebend für den Umgang mit dem Nahostkonflikt. Der leninistische Antimperialismus baut auf folgenden Grundpfeilern auf: Es herrscht das weltweite System des Imperialismus. Dieser ist eine kapitalistische Gesellschaftsformation. Anders als in anderen Kapitalismusanalysen gilt im Antimperialismus nicht mehr das Kapitalverhältnis oder der Klassenkampf als zentraler Punkt der gesellschaftlichen Analyse, sondern der Kampf zweier großer weltpolitischer Lager gegeneinander. Das eine Lager ist das des Imperialismus, welches unter Führung der Hauptmacht USA steht. Das zweite Lager ist weniger klar bestimmt. Meist werden ihm verschiedene Länder, Bewegungen, Gruppierungen, in der Regel aber um ihre Befreiung von der imperialistischen Dominanz kämpfende Völker entgegengestellt. Für Antimperialisten gilt es, das antimperialistische Lager zu erkennen. Dieses wird dann unterstützt und nicht wegen eigener Fehler oder interner Probleme kritisiert (bzw. nur sehr begrenzt), um die Einheitsfront nicht zu gefährden.

Die dominanten Kräfte der britischen Linken nehmen den Nahostkonflikt in genau diesem Frame wahr. Es handelt sich hier um einen Fall, wo Ideologie und Framing ineinander fallen. Außerdem wirkt der Frame auch auf andere AktivistInnen, die nicht explizit das ideologische System des Antimperialismus in seiner Gänze mittragen, aber den Nahostkonflikt so strukturiert wahrnehmen. Die Nähe Israels und der USA zueinander, das offensichtliche ökonomische und Machtungleichgewicht der Konfliktparteien lassen den Nahostkonflikt als eine Front des Kampfes der beiden Lager gegeneinander erscheinen. Einzelereignisse werden jeweils auch so wahrgenommen. Schuld wird dabei grundsätzlich Israel zugewiesen. Die PalästinenserInnen werden ausschließlich als Opfer gesehen. Es gibt nur recht marginale Akteure, die nicht von einer prinzipiell israelfeindlichen Position aus argumentieren. Diese deuten vorzugsweise im Antisemitismusframe bzw. im Frame »Israels Sicherheit«. Die *Alliance for Workers Liberty (AWL)* beispielsweise ist eine trotzkistische Gruppe, die den Rest der Linken immer wieder kritisiert und ihnen ihren Antizionismus und Antisemitismus vorwirft. So, wie sie die Allianz von Linkskräften mit islamischen und islamistischen Gruppen seit Beginn der Antikriegsproteste und insbesondere im Rahmen der neuen Antikriegspartei *Respect* kritisierte, kritisiert sie vor allem die SWP für ihre israelfeindlichen Positionen.

Dabei ist ihre Position keineswegs mit einer simplen pro-israelischen Identifikation zu verwechseln. Vielmehr wird Israel für seine Besatzungspolitik und die Situation in den besetzten Gebieten von der AWL vehement kritisiert. Die prinzipielle

Differenz zur antizionistischen Position besteht in dem expliziten und offensiven Bekenntnis zum israelischen Existenzrecht, ausgedrückt in ihrer programmatischen Forderung »Two nations, two states«, die sie als die eigentliche demokratische Lösung des Konfliktes ansehen. Hier taucht der Frame »demokratische Lösung« auf. Dabei vertritt die eine Seite die Forderung nach nationaler Selbstbestimmung für beide Seiten als demokratische Lösung, während die andere einen gemeinsamen Staat fordert, dabei aber zuvörderst die palästinensischen Rechte betont.

Erst in allerjüngster Zeit haben sich Initiativen gebildet, die das Thema Nahostkonflikt bzw. den linken Umgang damit zu ihrem eigentlichen Thema machen, wie mittlerweile nicht wenige Linke in Deutschland. Eine dieser Initiativen ist *Engage*. Die Gruppe, die vor allem aus AkademikerInnen besteht, fand sich zusammen, als zwei britische Universitätslehrer-Gewerkschaften beschlossen, israelische Universitäten zu boykottieren. Aus der Empörung über die Boykott-Beschlüsse wurde mittlerweile eine kontinuierliche Arbeit mit dem Ziel, Antisemitismus, besonders in der Linken, zu bekämpfen. Ähnlich wie der AWL auch geht es *Engage* darum, zu zeigen, dass das Antisemitische im Antizionismus sich darin zeigt, dass Israel wie kein anderes Land immer wieder Zielscheibe der Kritik wird, und dass sich somit der Antizionismus als die aktuelle Ausprägung des Antisemitismus darstellt. Eine andere Initiative hat sogar ein Echo auf internationaler Ebene gefunden. Im *Euston Manifesto* geht es nicht nur um Israel. Vielmehr sollen grundlegende Prinzipien einer progressiven Politik spezifiziert werden. Klar spricht sich das Manifest gegen Kulturrelativismus in Fragen der Menschenrechte aus, gegen Antiamerikanismus und Antizionismus und falsche Rücksicht gegenüber totalitären Bewegungen und Terroristen, die, wenn sie als antiimperialistisch wahrgenommen werden, allzu oft damit rechnen können, dass man bei ihren Inhalten ein Auge zudrückt.

Israelkritik, Antizionismus, Antisemitismus und Philosemitismus

Ein Kern der Debatte um den »neuen Antisemitismus« besteht in der Frage, wo die Grenze zwischen legitimer Kritik an Israel und Antisemitismus liege. Ergänzt werden müsste dies noch um die Frage, wo die Grenze zwischen berechtigter Kritik am arabisch-palästinensischen Widerstand und Antisemitismus oder Antiarabismus liegt.

Im Rahmen der linken Beschäftigung mit dem Nahostkonflikt haben wir es in der Tat neben Positionen, die aus einem linken, universalistischen, oft menschenrechtsfundierten Hintergrund argumentieren (und unter anderem vielleicht auch Israelkritik üben) mit drei Problemgruppen zu tun. Diese drei Problemgruppen sind der Philosemitismus, der häufig mit einer antiarabischen oder antiislamischen

Position einhergeht, der Antizionismus und der Antisemitismus, wobei die letzten Phänomene ineinander übergehen.

Philosemitismus und Philoisraelismus

Unter Philosemitismus wird gewöhnlich eine Position verstanden, die Jüdinnen und Juden als Gruppe diskriminiert, allerdings in zunächst wohlgesonnener Absicht. Schon lange gab es Vertreter solcher Positionen im protestantischen Christentum, im deutschen Nachkriegs-Konservatismus, aber auch in der Linken; mit den Antideutschen hat dies eine linke Institutionalisierung erfahren. Nicht nur ergreift diese Seite im Konflikt explizit und radikal Partei für Israel, schmückt sich mit Israel-fahnen und identifiziert sich mit dem mehrheitlich jüdischen Staat bis hin zum Diktum eines Vertreters dieser Richtung, dass alle Israelkritik antisemitisch sei; nicht nur ist Antisemitismus das wesentliche Framing, mit dem Ereignissen in der Welt Relevanz zugewiesen wird und das andere Aspekte oft nicht zu würdigen bereit ist; sondern von dieser Identifizierung mit Israel ausgehend erfolgte bei einem Teil der Strömung tatsächlich eine weitgehende auch emotionale Identifikation mit *Jüdischem*. So ist die *Jüdische Allgemeine* häufig gelesenes Blatt, der Davidstern vielverwendetes Symbol. In antideutschen Zeitschriften gab es schon Rubriken mit jüdischen Witzen oder wurde die Quelle des Linksseins im »jüdischen Denken« gefunden. Dabei erfolgt eine Hypostasierung Israels und tatsächliche Verknüpfung mit einer Heilserwartung, wenn es als »erste gelungene Abschlagszahlung für den Kommunismus« gesehen wird, und auch eine Homogenisierung mit der Aufgabe von Links-rechts-Unterscheidungen, besonders deutlich und zugespitzt, wenn ein Antideutscher – wie geschehen – sich die E-Mail-Adresse »yabotinsky@...« gibt und sich somit als bekennender Kommunist positiv auf die revisionistische, den PalästinenserInnen gegenüber besonders rassistische Variante des Zionismus bezieht.

Das Gefährliche am Philosemitismus ist nicht so sehr seine Position gegenüber Jüdinnen und Juden, sondern die damit einhergehende Diskriminierung der als Gegner der Israelis/Jüdinnen und Juden konzipierten. Illustriert werden soll dies am Beispiel der Sperranlage, die Israel in der Westbank baut. Dieses Bauwerk, teilweise ein Zaun mit unter Umständen sehr breitem Sicherheitsstreifen, teilweise eine bis zu acht Meter hohe Mauer, soll, so die israelischen Bauherren, dazu dienen, Selbstmordanschläge zu verhindern. Mit dieser Argumentation haben Antideutsche die Mauer stets unterstützt und sich so der Position der israelischen Regierung angeschlossen. Dass die Mauer – wie linke Kritiker einwerfen – eine Kapitulation vor der Gewaltförmigkeit des Konfliktes darstellt, dass sie viele palästinensische Familien von der Außenwelt isoliert oder von ihrer Lebensgrundlage (ihren Feldern) bzw. von Freunden und Verwandten abschneidet, dass sie komplett auf besetztem

palästinensischem Territorium gebaut ist und effektiv einen weiteren großen Teil palästinensischen Landes enteignet – all dies hat in der Wahrnehmung vieler Antideutscher keinen Platz oder wird billigend in Kauf genommen. Solche Positionen finden sich in der Linken fast ausschließlich in der Bundesrepublik. Britische Linke, die Ähnliches vertreten, kann man an einer Hand abzählen.

Übergänge Antizionismus und Antisemitismus

Ein großer Teil der britischen und ein eher kleiner Teil der deutschen Linken bekennt sich explizit zum Antizionismus. Antizionismus gilt dabei als nichts Anstößiges, vielmehr wird das Label zur Selbstbezeichnung ebenso umstandslos gewählt, wie »Zionisten« für die Gegenseite. Dabei wird immer wieder betont, dass zwischen Antizionismus und Antisemitismus genau unterschieden werden müsse. Diese Argumentation ist fast das einzige Framing im Antisemitismus-Frame aus antizionistischer Sicht. Der Antisemitismusvorwurf wird aber als unberechtigter oder bewusst zur Denunziation eingesetzter zurückgewiesen.

Und tatsächlich wird man wohl auch in der britischen Linken kaum VertreterInnen finden, die explizit antijüdische Vorurteile oder Antipathie gegen Jüdinnen und Juden äußern. Und doch besteht eine Verbindung zwischen dem Antizionismus und dem Antisemitismus durch verschiedene Anschlussmöglichkeiten. Diese bestehen insbesondere in der absoluten Ungleichbehandlung und Dämonisierung Israels, dem (möglicherweise unbewussten) Aufgreifen antijüdischer Stereotype und im Gewähren von Raum für Antisemiten.

Gerade die Ungleichbehandlung Israels ist ein Ansatzpunkt der linken britischen Kritiker des Antizionismus. Als innerhalb der Gewerkschaften Anstrengungen unternommen wurden, israelische Hochschulen zu boykottieren, wiesen sie daraufhin, dass bisher keine linke Organisation auf die Idee gekommen war beispielsweise saudische Universitäten zu boykottieren, weil diese Frauen diskriminierten, autoritär, rückständig und undemokratisch seien. Doch im Fall Israels wird die Forderung erhoben! Die Furcht der Kritiker, dass hinter dieser Forderung eben nicht nur Mitgefühl für die Palästinenser in den besetzten Gebieten steht, erscheint berechtigt, wenn man sich die Publizistik der antizionistischen Linken zum Nahostkonflikt anschaut.

Dies soll an einer Broschüre der SWP illustriert werden. Es handelt sich um das Buch *Israel: The Hijack State* von John Rose aus dem Jahre 1986, welches die SWP 2002 und 2003 erneut auflegte. Es fügt sich schon von der Gestaltung des Titelbildes her in die Ikonographie des Antisemitismus ein. Auf dem Buchcover wird die USA als von dem grässlichen Hund Israel gezogen dargestellt.

Mehrere antisemitische Topoi tauchen in diesem Bild auf. Da wäre die Entmenschlichung Israels – als wildgewordener Hund –, der zudem krallenbewehrt und mit schrecklichen Zähnen bestückt, vor Blut triefend, gleichzeitig die USA und Finanzinteressen (dargestellt durch einen schwachen *Uncle Sam* mit einem großen Dollarzeichen auf dem Hut) zu bestimmen scheint. In genau die gleiche Richtung weist denn auch die Stellungnahme des SWP-Vertreters, der Israel als »watchdog of imperialism« bezeichnet.

Während die Semantik des Antisemitismus deutlich wird, haben wir es doch nicht mit Antisemiten zu tun. Hier wird deutlich, warum es sich um ein soziales, nicht um ein psychopathologisches Problem handelt. Redet man mit radikalen Antizionisten dieser Couleur, so wird man feststellen, dass sie sich subjektiv keines Antisemitismus bewusst sind; ja sie können mit Fug und Recht behaupten, keine anti-jüdischen Gefühle zu hegen. Und doch wird von ihnen etwas reproduziert, was die semantischen Strukturen des Antisemitismus aufgreift, allerdings auch mit anderen Bedeutungen belegt werden könnte.

Ein Blick in den Text selbst hilft, das Verständnis zu erweitern. Dort wird erklärt, dass die Geschichte Israels einzigartig sei, denn »no modern state has been established by means of expropriation of an entire people«. Israel wird weiter bezeichnet als »the terrorist state«, der schon im Keim schlecht sei. Zionismus und Antisemitismus werden als Partner, statt als Gegensätze gesehen. Ihre größte Zuspitzung findet diese antizionistische Weltsicht in der Bezeichnung Israels als »oppressor nation«. Schon immer hat die kommunistische Bewegung besondere Schwierigkeiten mit der Anerkennung eines jüdischen Nationalismus gehabt und diesen, den Zionismus, anders als andere Nationalismen, als Ablenkung vom Klassenkampf abgelehnt. Den Hintergrund bildete in der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg und der Shoah aber die Erwartung der Revolution, die Hoffnung auf den Kommunismus, der alle religiösen wie nationalen Partikularismen überwinden würde (Keßler 1994). Auch damals schon handelte es sich um eine Ungleichbehandlung der Jüdinnen und Juden, jedoch mit einer strikt universalistischen Begründung. Die heutigen AntiimperialistInnen unterstützen ausdrücklich *nationale* Befreiungskämpfe und nicht die Aufhebung der Nation. Ganz explizit werden aber im radikalen anti-imperialistischen Antizionismus die israelischen Jüdinnen und Juden davon ausgenommen.¹

Dies zeigt sich in vielerlei Gestalt. So ist zum Beispiel in Interviews mit britischen AktivistInnen, anders als in den deutschen, von Ängsten, Wünschen, Inte-

1 Anders als im stalinistischen Antizionismus der 50er Jahre (Holz 2001, Kap. VII) steht aber »zionistisch« nicht für »jüdisch«. Auch wenn es Bezüge gibt, wird doch normalerweise kein Bild einer zionistischen (=jüdischen) Weltverschwörung vertreten. Aber es stehen bei den radikalen Antizionisten die guten arabischen Völker gegen ganz Israel.

ressen der Israelis kaum die Rede. Diese werden, von den erwähnten Ausnahmen abgesehen, schlicht nicht erörtert. Wer im britischen linken Diskurs wie die AWL oder die *Communist Party of Great Britain* »nationale Selbstbestimmung« sowohl für die PalästinenserInnen als auch für die jüdischen Israelis fordert, wird dafür hart angegriffen.

Die gelegentlich erfolgende Homogenisierung aller Israelis zu einer Unterdrückernation ist eine recht eindeutige Aburteilung einer ganzen Gruppe von Menschen, deren interne Vielfalt nicht mehr wahrgenommen wird. Diese Sicht lässt sich jedoch nur halten, wenn man über einen Antizionismus als Weltbild verfügt, der Differenzierungen nicht zulässt, also beispielsweise keine Einsicht in die Anteile am Zustandekommen und der Entwicklung des Israel-Palästina-Konfliktes hat, die die palästinensische Seite beisteuert. Dabei soll hier nicht argumentiert werden, dass alle Seiten irgendwie gleich schuld wären. Maßstab für einen Antizionismus als Weltbild ist die Geschlossenheit gegenüber Bedürfnissen der Israelis und Fehlern oder Missständen der PalästinenserInnen, die diese selbst zu verantworten haben.

Die offensichtlichste Schnittstelle der britischen Linken zum Antisemitismus ergibt sich jedoch im Bereitstellen von Raum für Antisemitismen, getreu dem Motto »Der Feind meines Feindes ist mein Freund«. Aus der im Zuge der Antikriegsproteste etablierten Koalition von Linkskräften aus der *Labour*-Linken, der SWP, der *Communist Party of Britain*, der *Campaign for Nuclear Disarmament* und anderer, mit islamischen Vereinigungen wie der *Muslim Association of Britain*, resultierte sogar die Bildung einer neuen Partei: *Respect – The Unity Coalition*. Im Rahmen dieser Zusammenarbeit tauchten auf linken Demos antisemitische Sprechchöre wie »Jew, Jew, JewSA« auf und Plakate mit dem Davidstern und dem Hakenkreuz, die ineinander verwoben waren. Eine Interviewte, selbst führendes Mitglied der *Stop the War Coalition* gibt offen zu, dass es nicht gelungen sei, dies zu beenden. Dies symbolisiert eine – zumindest im Vergleich zur deutschen Situation – große Laxheit im Umgang mit Antisemitismus

Erwähnt werden muss an dieser Stelle auch der Islamist Azzam Tamimi, welcher unter anderem mehrfach Selbstmordattentate gerechtfertigt haben soll. In der linken Zeitschrift *Weekly Worker* wird berichtet, dass Tamimi auch in Bezug auf Israel kein Blatt vor den Mund nimmt: »Something will be done about Israel. We will fight until they are no more there.« Ganz offen unterstützt er zudem die Hisbollah und Hamas. Auf der SWP-Konferenz *Marxism* 2006 bekannte er vor Hunderten versammelter linker Aktivisten: »I've been a member of the Muslim Brotherhood all my life. I am a staunch supporter of Hamas. And I am proud of it.« Die Reaktion des Publikums war eine Welle der Begeisterung. Fast alle Anwesenden standen zum Beifall auf, als Folge des Bekenntnisses zu einer autoritären, fundamentalistischen, frauenfeindlichen, antiliberalen und antisemitischen Organisation.

Im Endeffekt wird so auf der sozialen Ebene Anschluss an den Antisemitismus geschaffen, ohne dass dazu auf der Ebene der linken Individuen Antisemiten nötig wären. Dies schlägt in der Linken normalerweise nicht in generalisierte antijüdische Gefühle um, weswegen der Begriff des Antisemitismus, wie er allgemein verstanden wird, problematisch ist. Der weltbildhafte Antizionismus selbst hat aber klar rassistische Komponenten, weil er durch die pro-palästinensische Brille die jüdischen Israelis nicht beachtet, einseitig Schuld zuweist und auf dieser Basis antisemitische Bündnispartner hofiert.

Literatur

- Buchholz, Christine (2006), »Im Krieg muss sich die Linke positionieren«, *junge Welt*, 15.8.2006, S. 2.
- Haury, Thomas (2004), »Der neue Antisemitismusstreit der deutschen Linken«, in: Rabinovici, Doron/Speck, Ulrich/Sznaider, Natan (Hg.), *Neuer Antisemitismus? Eine Globale Debatte*, Frankfurt a.M., S. 144–167.
- Holz, Klaus (2001), *Nationaler Antisemitismus*, Hamburg.
- Keßler, Mario (1994), *Zionismus und internationale Arbeiterbewegung 1897–1933*, Berlin.
- Rabinovici, Doron/Speck, Ulrich/Sznaider, Natan (Hg.) (2004), *Neuer Antisemitismus? Eine Globale Debatte*, Frankfurt a.M.